

**Wesentliche Änderungen
in WPO und HGB
durch APAReG und AReG**

Wesentliche Änderungen in WPO und HGB durch APAREG und AReG

Übersicht

- 1. Abschlussprüferaufsichtsreformgesetz (APAREG)**
- 2. Abschlussprüfungsreformgesetz (AReG)**

1. APAReG (1)

Zeitachse

- 20./29. Mai 2015: Referentenentwurf des BMWi
- 01. Juli 2015: Regierungsentwurf
- 08. September 2015: WPK-Stellungnahme
- 25. September 2015: Beschluss des Bundesrates zum APAReG
- 15. Oktober 2015: 1. Lesung im Bundestag
- 26. Oktober 2015: WPK-Positionen zur Anhörung am 02.11.2015
- 02. November 2015: Anhörung im Wirtschaftsausschuss
- 03. Dezember 2015: Verabschiedung durch Bundestag
- 18. Dezember 2015: Verabschiedung durch Bundesrat
- 05. April 2016: Bundesgesetzblatt Teil I, Seite 518 ff.

1. APAReG (2)

Aufsichtssystem (Überblick)

- Selbstverwaltung des Berufsstandes bleibt erhalten; bei WPK verbleiben zentrale (Aufsichts-)Aufgaben
- Unmittelbare Aufsicht (Berufsaufsicht und Inspektionen) der APAS ist für Abschlussprüfer gegeben, soweit diese Abschlussprüfungen bei PIE durchführen (Mandatsbezogenheit)
- Im Übrigen weiterhin Aufsicht (Berufsaufsicht und Qualitätskontrollen) durch WPK
- Weiterhin Fachaufsicht über WPK durch APAS (vorher APAK)

1. APAReG (3): Qualitätssicherungssystem

QS-System § 55b Abs.1 WPO		QS-System § 55b Abs. 2, 3 WPO	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beratung ▪ Vertretung ▪ Gutachten ▪ Prüfungen außerhalb von § 316 HGB 		Abschlussprüfungen nach § 316 HGB	
Pflicht zur Schaffung von Regelungen, skaliert	Elemente des QSS bei der Praxisorganisation: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beachtung der allg. Berufspflichten ▪ Mitarbeiterentwicklung ▪ usw. 	Pflicht zur Schaffung von Regelungen, skaliert	
Pflicht zur Schaffung von Regelungen, Durchführungspflicht <i>je nach Auftragsrisiko</i>	Elemente des QSS bei der Auftragsabwicklung: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Konsultation ▪ Berichtskritik ▪ Auftragsbegleitende QS ▪ usw. 	Pflicht zur Schaffung von Regelungen, <i>Durchführungspflicht teilweise explizit vorgegeben/geregelt</i>	
Pflicht zur Schaffung von Regelungen, skaliert, <i>keine weiteren Vorgaben</i>	Elemente des QSS bzgl. Nachschau: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Praxisorganisation ▪ Auftragsabwicklung 	Pflicht zur Schaffung von Regelungen, skaliert, <i>konkrete Pflicht zur jährlichen Durchführung</i>	

1. APAReG (4)

Qualitätskontrolle/Inspektionen: Erleichterungen für geprüfte Praxen

- Für alle Praxen:
 - Nur noch Abschlussprüfungen nach § 316 HGB und BaFin-Aufträge
 - Keine Teilnahmebescheinigung/Ausnahmegenehmigung mehr
 - Qualitätskontrolle schließt mit negativer Bestätigungsaussage
- Zusätzlich für gemischte Praxen:
 - Klare Abgrenzung zwischen Qualitätskontrolle und Inspektionen zur Vermeidung von Doppelbelastungen
 - Inspektionen: Angemessenheit des QS-Systems und Wirksamkeitsprüfung zu § 319a-HGB-Mandaten
 - Qualitätskontrolle: nur Wirksamkeitsprüfung bei Nicht-§ 319a-HGB-Mandaten
 - Sechs-Jahres-Turnus der Qualitätskontrolle
 - Bei Qualitätskontrollen und Inspektionen: negative Bestätigungsaussage

1. APAReG (5)

Berufsaufsicht/Sanktionen

- Erstzuständigkeit WPK für Berufsaufsicht auch in „schweren“ Fällen
- Wird Einspruch von WPK verworfen, steht voller Instanzenzug zur Verfügung (bislang bei Rüge nur eine Instanz)
- GStA im gerichtlichen Überprüfungsverfahren verfahrensführend
- Kriterien für die Sanktionsfindung nun in WPO verankert
- Vorläufige Untersagungsverfügung mit 2/3-Mehrheit im Vorstand
- Bekanntmachung von unanfechtbaren Maßnahmen im Internet grundsätzlich ohne personenbezogene Daten
- Unterrichtung des Beschwerdeführers über Maßnahmen
- Sanktionen gegen WPG/BPG möglich

1. APAReG (6)

Weitere Themen (1)

- Verkürzte Prüfung für vBP zum WP eröffnet
- Regeln der Berufsausübung neu und klarer gestaltet
- Beirat der WPK: Nachrückermode
- Berufssatzung und Satzung für QK nicht per Rechtsverordnung durch BMWi möglich (aber Ersatzvornahme)

1. APAReG (7)

Weitere Themen (2)

- Praxisabwickler im Berufsstand der WP/vBP eingeführt
- Dokumentationspflichten
 - Handakte: wie bisher
 - Bei § 316 HGB-Mandaten: zusätzlich Prüfungsakte und Auftragsdatei
- EU/EWR-Prüfungsgesellschaften dürfen in Deutschland prüfen, wenn ein deutscher WP/vBP verantwortlicher Prüfungspartner ist

1. AReG (1)

Zeitachse

- 27. März 2015: Veröffentlichung Ref-E des AReG
- 20. Mai 2015: WPK-Stellungnahme ggü. BMJV
- 16. November 2015: WPK-Stellungnahme ggü. NKR
- 16. Dezember 2015: Veröffentlichung Reg-E des AReG
- 28. Januar 2016: WPK-Stellungnahme ggü. BT-Rechtsausschuss
- 29. Januar 2016: Beratung im Bundesrat
- 22. Februar 2016: Öffentliche Anhörung im BT (Rechtsausschuss)
- 16. März 2016: Beratung im BT (Rechtsausschuss)
- 17. März 2016: Verabschiedung im BT (2. und 3. Lesung)

1. AReG (2)

Grundlagen

- AReG setzt prüfungsbezogene Vorgaben der Abschlussprüferrichtlinie in deutsches Recht um
- AReG dient zusätzlich der Ausführung prüfungsbezogener Mitgliedstaatenwahlrechte der Abschlussprüferverordnung durch den deutschen Gesetzgeber
- Änderungen erfolgen schwerpunktmäßig im HGB
- Weitere Gesetzesänderungen betreffen u.a. AktG, GmbHG, GenG und entsprechende Einführungsgesetze

1. AReG (3)

Definition von Unternehmen von öffentlichem Interesse (PIE)

(u.a. § 319a Abs. 1 HGB-E)

- Unternehmen, das
 - kapitalmarktorientiert i.S.d. § 264d,
 - CRR-Kreditinstitut i.S.d. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG, ausgenommen der in § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 KWG genannten Institute, oder
 - Versicherungsunternehmen i.S.d. Art. 2 Abs. 1 RL 91/674/EWG ist
- Anforderungen der Abschlussprüferverordnung gelten für PIE und deren Abschlussprüfer ab dem 17. Juni 2016 unmittelbar
- Regelungen betreffen rund 1.400 PIE-Unternehmen und rund 110 PIE-Abschlussprüfer

1. AReG (4)

Höchstlaufzeit des Prüfungsmandats (Externe Rotation - § 318 Abs. 1a HGB-E)

- Verlängerung der Höchstlaufzeiten für kapitalmarktorientierte Unternehmen, die keine Kreditinstitute oder Versicherungen sind, von zehn auf 20 Jahre (Ausschreibung) bzw. 24 Jahre (Joint Audits)
- Kreditinstituten und Versicherungen steht Verlängerungsmöglichkeit nicht zu. Maximale Höchstlaufzeit beträgt zehn Jahre
- Übergangsregelungen zur erstmaligen Anwendung der externen Rotation bei „Kurzläufnern“ aufgenommen

1. AReG (5)

Besondere Ausschlussgründe bei PIE (§ 319a HGB-E)

- Unveränderte Zulässigkeit bestimmter Steuerberatungs- und Bewertungsleistungen, sofern diese sich nur unwesentlich auf den Jahresabschluss auswirken
- Steuerberatungsleistungen haben allerdings eine „nicht nur unwesentlichen Auswirkung“ auf den Abschluss, wenn:

„...die Erbringung der Steuerberatungsleistungen im zu prüfenden Geschäftsjahr den für steuerliche Zwecke zu ermittelnden Gewinn im Inland erheblich gekürzt hat oder ein erheblicher Teil des Gewinns ins Ausland verlagert worden ist, ohne dass eine über die steuerliche Vorteilserlangung hinausgehende wirtschaftliche Notwendigkeit für das Unternehmen besteht...“

- Prüfungsausschuss muss Steuerberatungsleistungen zustimmen

1. AReG (6)

Bestätigungsvermerk (§ 322 HGB-E)

- Kleinere Anpassungen am Bestätigungsvermerk (bspw. Angabe des Ortes der Niederlassung, Tag der Unterzeichnung)
- Beachtung der ISA bei Erteilung des BestV
- Aufnahme von Regelungen für Joint Audits
- Keine Übertragung der Anforderungen an den BestV von PIE-Unternehmen auf alle weiteren Unternehmen (Wegfall 322a HGB-E)

1. AReG (7)

Prüfungsausschuss (§ 324 HGB-E)

- Mehrheit der Mitglieder eines Prüfungsausschusses, darunter der Vorsitzende, muss unabhängig sein
- Abschlussprüferaufsichtsstelle kann von PIE-Unternehmen Darstellung und Erläuterung des Ergebnisses sowie der Durchführung der Tätigkeit seines Prüfungsausschusses verlangen
 - APAS soll zunächst auf öffentlich verfügbare Informationen zurückgreifen
 - Für Genossenschaften, Sparkassen oder landesrechtliche öffentlich-rechtliche Kreditinstitute gilt die Auskunftspflicht nicht
- Einführung diverser Sanktionsregelungen im Falle von Pflichtverletzungen von Prüfungsausschussmitgliedern